

Dies stellt eine Verpflichtung dar für alle Museumsmacher. Die Konzepte der Museen müssen stets den sich verändernden gesellschaftlichen Verhältnissen angepasst werden. Denn die Museen sind schon lange keine elitären, nur von bildungsbürgerlichen Schichten frequentierten Institution mehr.

Wie zahlreiche Beiträge zeigen, wird das Museumspublikum – nicht nur aufgrund globaler Entwicklungen, Migration und demografischen Wandels – immer heterogener, und darauf stellen sich die Museen mit ihren inhaltlichen und museumspädagogischen Konzepten immer wieder neu ein. Darüber hinaus wird die Frage diskutiert, ob und warum ein »Museum für alle« anzustreben ist, wobei die Steigerung der Besucherzahlen einen nur sehr simplen Ansatz darstellt. Nicht einbezogen ist leider jedoch die Debatte um Eintrittsgelder.

Beispielhaft sei hier die Arbeit mit geistig behinderten Menschen im Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondmuseum in Genf erwähnt oder der partizipative, nachhaltige Ansatz des Museums Europäischer Kulturen der Staatlichen Museen zu Berlin. Museen sind insbesondere wichtige außerschulische Lernorte und dies stellt die inhaltliche Konzeption immer wieder vor neue Herausforderungen. Günstige Rahmenbedingungen können hier etwa die Kultur- und die Schulpolitik mit ihren Lehrplänen bieten, wie das Beispiel des naturwissenschaftlichen Museums Inatura in Dornbirn (Vorarlberg) deutlich macht.

Nach aufmerksamer Lektüre kann das Fazit gezogen werden, dass das »Museum für alle« keine Illusion, sondern vielmehr Imperativ einer gelingenden offenen Gesellschaft (Karl Popper) darstellt und damit anregende Diskurse zwischen unterschiedlichsten sozialen und kulturellen Milieus erlaubt. Ein Patentrezept, diesen hehren Anspruch zu erreichen, gibt es nicht. Da muss jede museale Einrichtung ihren eigenen Weg finden; und dazu bietet die Dokumentation zahlreiche Beispiele und Anregungen, insbesondere für die Vermittlung ihrer Inhalte.

Die Publikation kann kostenfrei heruntergeladen werden unter:
www.museums.ch

Thomas Schulte im Walde



Bernhard Dietz/Jörg Neuheiser (Hrsg.): **Wertewandel in der Wirtschaft und Arbeitswelt. Arbeit, Leistung und Führung in den 1970er und 1980er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland**, Berlin: De Gruyter Oldenbourg (Wertewandel im 20. Jahrhundert, 2) 2017 (340 S., 49,95 Euro)

Der Wertewandel gilt im sozialwissenschaftlichen wie im kulturpolitischen Diskurs als eines der zentralen Raster der gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte. Stichworte hier: Individualisierung, Pluralisierung, die Modernisierung der Gesellschaften hin zu einer zweiten, reflexiven Post- oder Spätmoderne. Als eine »einleuchtende und komplexitätsreduzierende Erklärung für in sich hoch differenzierte Wandlungsprozesse« wurde der Wertewandel »in weiten Teilen der Sozialwissenschaften wie der bundesdeutschen Öffentlichkeit schnell als unhinterfragbares Faktum akzeptiert« – so die herausgebenden Historiker des vorliegenden Sammelbandes. Als einen Grund dafür nennen sie die kausale Verbindung der »materiellen und kulturellen Veränderungen im Konzept des Postmaterialismus«. In der Geschichtswissenschaft hat man erst später begonnen, sich mit diesem Phänomen zu beschäftigen. Im Rückblick stellen die Herausgeber fest, dass das wissenschaftliche »Theorem« zunächst »recht freihändig diskursiv eingesetzt« wurde: »Erst im Kontext der Strukturbruchdebatte wurde die unreflektierte und kritiklose Übernahme des Wertewandel-Narrativs aufgrund seiner vordergründigen Plausibilität und Griffigkeit in zeithistorischen Darstellungen breit kritisiert«. Dem vermeintlichen Bruch wird empirisch entgegengestellt, dass es einen solchen Wandel im gesellschaftlichen Wertesystem so radikal gar nicht gibt, sondern dass man eher von einer Pluralisierung oder einem Nebeneinander von Wertesystemen ausgehen muss. Es geht weniger darum, den »Wertewandel« an sich zu leugnen, als ihn einerseits zu relativieren und ihn andererseits genauer zu verorten. Das alles läuft auf kontroverse Darstellungen hinaus. Entsprechend

versammelt der Band entlang der »bereitstehenden großen Deutungsentwürfe« widerstreitende Positionen, die zum Teil weit voneinander abweichen. Im Falle der »Bayer-Familie« – der Belegschaft der Bayer AG – etwa geht es eher um eine »stark differenzierte soziale Formation, die ungeachtet aller Liberalisierungs- und Emanzipationstendenzen über Jahrzehnte einem patriarchalisch-materiellen Wertekonsens verbunden blieb«. Eine Analyse der bundesdeutschen Tagespresse zeigt dagegen, dass deren »Wahrnehmung des Konsumenten« entlang der Vorgaben der Werbeindustrie schon von einem »Wertewandel« bestimmt war, bevor dieser durch »Befunde der sozialwissenschaftlichen Forschung« überhaupt erst benannt wurde. So lohnt sich auch heute noch ein genaueres Hinsehen.

Wolfgang Hippe



Michael Flohr: **Kulturpolitik in Thüringen. Praktiken - Governance - Netzwerke**, Bielefeld: transcript 2018 (398 S., 29,99 Euro)

Über die Kulturpolitiken der Länder liegen in der Regel affirmative Texte vor. Mit Ausnahme einiger Landeskulturberichte, die dokumentieren und objektivieren, sind es in der Regel deklaratorische Schriften, die von Absichten oder Strategien künden. Analytische Arbeiten sind rar. Vor diesem Hintergrund muss die Dissertation von Michael Flohr über Thüringen interessieren; sie ist in diesem Umfang und Methodenmix bislang singulär – in der fachlichen Qualität wie in der guten Lesbarkeit.

Der Autor wendet sich einem Bundesland zu, dessen Bedeutungsattitüde als traditionsstarkes »Kulturland« Fragen nach dem Woher und Wohin aufwirft. Die politikwissenschaftlich verortete Studie startet mit einer historischen Erkundung, die Kulturpolitik in West und Ost nach 1945 einordnet und im Sinne der Politikfeldanalyse nach Strukturen, Ordnungsprinzipien, Vorstellungen und Zielen sowie Verfahren im jeweiligen gesellschaftlichen Horizont fragt. Beide

Systeme schließlich haben Erbschaften wie Akteure in Thüringen geprägt.

Einen großen Anteil beansprucht eine Bestandsaufnahme zur Landeskulturpolitik, die sowohl die Verwaltungszuständigkeiten als auch die einzelnen Handlungsbereiche und vor allem Finanzierungsaspekte beinhaltet. Sodann folgt der empirische Teil, der besonders aufschlussreich ist. Er besteht aus einer quantitativen Netzwerkerhebung und -analyse sowie einer qualitativen Untersuchung in Form von Experteninterviews.

Es entsteht ein differenziertes Bild der Fülle des Kulturlebens, der bestehenden Netzwerke und Selbstbilder von Akteuren. Sichtbar werden aber auch Grenzen der Manövrierbarkeit und starke Pfadbindungen. Letzteres war erwartbar – und würde gewiss vielerorts als identischer Befund zutage treten. Gleichwohl setzt es die Handelnden unter Druck, da nun belegt ist, was oft gemutmaßt worden ist: dass Kulturpolitik Mut zur Veränderung und zu Konzepten benötigt. Flohr ist es gelungen, dass sein Buch rege rezipiert und diskutiert wird. Es motivierte unter anderem zu einer Großen Anfrage im Thüringer Landtag. Dies zeigt, dass Forschung zur Kulturpolitik der Länder nützt und etwas bewirken kann.

Tobias J. Knoblich



Stephan Günzel: **Raum. Eine kulturwissenschaftliche Einführung**, 2. unveränderte Auflage, Bielefeld: transcript 2018 (158 S., 14,99 Euro)

Anlass für die komprimierte Geistesgeschichte der Raumkonzeptionen des Kulturwissenschaftlers und Medienhistorikers Stephan Günzel ist die gestiegene Aufmerksamkeit für Raum bzw. die Orte des Geschehens im wissenschaftlichen Diskurs ab der 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts, die als Spatial turn oder Raumwende verhandelt wird. Da es mehrere Gründe für die Hinwendung zum Raum gebe, wie technische Neuerungen in der Raumfahrt, geopolitische Umwälzungen infolge der Auflösung des Ostblocks

oder veränderte Kommunikationsstrukturen durch die Digitalisierung, sei die aktuelle Raumwende, so Günzel, auch nicht eindeutig zu datieren.

Beeindruckend sind Fülle und Vielfalt des Wissens aus allen Wissenschaftsbereichen und der Kunst. Mathematik und Philosophie suchten nach der »Wahrheit des Raumes«, während die Geistes-, Kultur- und Sozialwissenschaften Raum »als Methode zur Analyse von kulturgeschichtlichen Problemstellungen« betrachteten, schreibt Günzel einleitend. Er erläutert die Raumverständnisse zahlreicher Denker*innen der Philosophie, Physik, Ethnologie, Soziologie, Psychologie, Kunst- und Literaturwissenschaft, Geographie und Geschichte von der Antike bis heute, setzt sie miteinander in Beziehung und leitet daraus methodische Konsequenzen für die Raumforschung ab.

Ausgangspunkt von Günzels Überlegungen sind drei Antinomien des Raumes: 1. das Verschwinden von Raum versus dessen Erstarren (durch den Bedeutungszuwachs der Zeit), 2. deterministische versus possibilistische Raumauffassungen (thematisieren die Wirkungsverhältnisse von Raum und Gesellschaft) sowie 3. der Gegensatz von »Raum« und »Ort«. Im Sinne der hegelschen Dialektik zielt Günzel auf nichts Geringeres als die Überwindung der Widerstreite im Raumdiskurs und konzentriert sich auf die dritte als »grundlegendste aller Antinomien«.

Neben anderen dient ihm die Raumtheorie Martin Heideggers, der die Dominanz des Ortes gegenüber dem Raum postuliert, als Reibungsfläche. In der Folge habe sich daraus ein xenophobes Verständnis von Heimat als ausgrenzendes, konzentrisches Gefüge um einen Ort herum entwickelt. Aber auch das neuzeitliche Raumverständnis seit Euklid und Newton – von Einstein als »Containerraum« kritisiert – ist vor ideologischer Aufladung nicht gefeit, wenn beispielsweise bestimmten Räumen Völker und deren kulturelle Identitäten zugeschrieben werden. Während Horkheimer und Adorno im Raum »das Höchstmaß der Entfremdung« und eine Ursache für Faschismus sehen, setzt der französische Stadtsoziologe Henri Lefebvre Raum als individuell, sozial und kulturell produzierten ins Recht – eine Auffassung, die sich in Variation bei Bourdieu und Foucault wiederfindet.

Christine Wingert



Jakob Johannes Koch (Hrsg.): **Inklusive Kulturpolitik. Menschen mit Behinderung in Kunst und Kultur**, Kevelaer: Butzon & Bercker GmbH 2017 (288 S., 25 Euro)

2009 ratifizierte die Bundesregierung die Behindertenrechtskonvention der UN (BRK). Vor diesem Hintergrund hat sich auch die Kulturpolitik in den letzten Jahren verstärkt des Themas angenommen und verschiedene »inklusive« Maßnahmen und Initiativen ergriffen. Dies ist auch der Anlass für den Sammelband »Inklusive Kulturpolitik«, für den der Herausgeber J. J. Koch eine ansehnliche Riege ausgewiesener ExpertInnen der Inklusionsdebatte und entsprechender kultureller Praxis zusammengestellt hat. Der Band startet mit einem eher theoretischen Kapitel zur »Grundlegung einer inklusiven Kulturpolitik«. Max Fuchs, Bea Gellhorn u.a. zeigen die normativen Grundlagen auf, die das Inklusionspostulat einer »Kultur für und von allen« begründen. Im zweiten Kapitel geht es um »Kunst von Menschen mit Behinderung«. Hier dominieren Beiträge – u.a. von Frederik Poppe und Olaf Zimmermann –, die sich der inklusiven künstlerischen Praxis als Bereicherung des »normalen« Kulturlebens widmen. Daran anschließend werden die Hindernisse in den Blick genommen, die einer »ganzheitliche(n) Barrierefreiheit in Kunst und Kultur« entgegenstehen. Irmgard Merkt, Siegfried Saerbeck u.a. zeichnen dabei ein Bild von den Gelingensbedingungen inklusiver Kulturarbeit. Im vierten und letzten Kapitel kommt der »subjektive Faktor« ins Spiel. Hier interviewt der Herausgeber drei Kulturschaffende mit Behinderungen (Schauspieler, Filmemacher, Dirigent), die trotz aller Widerstände und Benachteiligungen als Künstler reüssieren konnten.

Als Fazit bleibt festzuhalten, dass die Publikation einen guten Einblick in die Grundlagen, Erscheinungsformen und Hindernisse einer inklusiven Kulturarbeit verschafft. Was ein wenig zu kurz kommt, ist die Genese der Neuen Kulturpolitik, die in den 1970er Jahren den Inklusionsanspruch erstmalig formulierte.

Franz Kröger